

# Zur Entwicklung der Bankenkrise in Deutschland von 1948 bis heute

## Samirah Kenawi

### 1. Präambel

Sicher ist man sich hingegen, daß die Lohnstruktur nicht stimmt, daß namentlich die Löhne für einfache Arbeit viel zu hoch sind.

Olaf Sievert<sup>1</sup>

Können wir uns da wirklich so sicher sein? Ist es nicht eher so, dass die Löhne für einfache Arbeit zu niedrig sind? Aus welcher Logik entspringt ein Wirtschaftssystem, in dem der Mensch sich von seiner Hände Arbeit nicht mehr ernähren kann, weil die Löhne für einfache Handarbeit unter das Existenzminimum sinken? Olaf Sievert schreibt diesen Lohndruck „der Markttendenz“<sup>2</sup> zu, deren Ursprung er allerdings nicht erklärt. „Geld ist das Einzige, was den Menschen vom Tier unterscheidet“<sup>3</sup>, und so sind auch die Gesetze eines Marktes, auf dem Handel mittels Geld als Zahlungsmittels erfolgt, von Menschen gemachte Gesetze. Die alleinige Beschreibung der geltenden Marktgesetze verleiht diesen somit keinen Status von Objektivität.

Auf der anderen Seite muss Kritik an der praktizierten Wirtschaftspolitik (auch an der Politik des Senats in bezug auf die Bankgesellschaft Berlin) erfolglos bleiben, solange sie die bestehenden Gesetze ignoriert und statt dessen versucht, diese durch Appell an das Gewissen der Mächtigen zu umgehen. Es gilt, Ursprung und Wirkungsmechanismen des Systems zu erkennen, um die Mechanismen ändern zu können. Es wird immer offensichtlicher, dass diese Gesellschaft unfähig ist, Geld sinnvoll im Wirtschaftskreislauf zu verteilen. Die Zentralbanken zittern vor den riesigen Geldüberhängen, die Tag für Tag durch die Börsencomputer jagen, während gleichzeitig ein immer spürbarer Mangel an Geld das soziale und kulturelle Leben der Gesellschaft lahm legen.

Der Mangel an Lohngeldern führt zu einem Mangel an hinreichend bezahlter Erwerbsarbeit und dies führt mehr und mehr zu einem echten Mangel an lebensnotwendigen Gütern bei einer wachsenden Schicht der Bevölkerung, während gleichzeitig Produktionskapazitäten unausgelastet bleiben. Es fehlt weder an Arbeitskräften, noch an Bedarf, noch an Geld! Es mangelt jedoch an der richtigen Verteilung des Geldes in der Wirtschaft, so dass es sinnvoll zwischen Angebot und Nachfrage, bzw. zwischen Produktion und Konsum vermitteln kann. Geld aber, wird nicht nur von Menschen gemacht, es wird auch von Menschen verteilt.

Die Unfähigkeit zur sinnvollen Verteilung von Geld wird auch im wachsenden Berg öffentlicher Schulden sichtbar. Diese Schulden sind letzten Endes Bankschulden. Der öffentlichen Verschuldung steht so folgerichtig eine Verschuldung des gesamten Bankensektors gegenüber. Die Bankgesellschaft Berlin ist ein Teil des Problems, quasi die Spitze des Eisberges.

### 2. Zur Entwicklung der Bankenkrise

Wer nicht von 3000 Jahren sich weiß Rechenschaft zu geben, bleibt im Dunkeln, unerfahren, mag von Tag zu Tage leben.

Johann Wolfgang von Goethe

Geschichte ist ein Kontinuum. Die Schwierigkeiten der Gegenwart wurzeln grundsätzlich in der Vergangenheit. Im allgemeinen schleppen sich Schulden und ihre realwirtschaftlichen Folgeerscheinungen wie ein Bandwurm durch die Geschichte, ein Bandwurm, von dem weder Anfang noch Ende auszumachen ist.

Mit der 1948 durchgeführten Währungsreform in der sogenannten Trizone wurde in Deutschland nahezu die gesamte innere Staatsschuld annulliert. Der 20. Juni 1948 stellt somit eine finanztechnische Zäsur dar, die eine klare zeitliche Abgrenzung für die nachstehende Untersuchung ermöglicht. Geldschöpfung und Geldzirkulation wurden damals in Deutschland fast vom Stand Null aus neu in Gang gesetzt. Damit bietet sich für die ökonomische Forschung die einmalige Situation, Funktionsweise und Entwicklung des bestehenden Verschuldungssystems quasi von Grund auf nachzuvollziehen.

Gleichwohl basieren die finanztechnischen Instrumentarien auf historisch gewachsenen Anschauungen, die größtenteils ungeprüft übernommen wurden. Vor der Untersuchung der Entwicklung der Bankenkrise sollen einige monetäre Grundannahmen benannt und auf ihren Erklärungswert hin stichpunktartig hinterfragt werden.

#### 2.1 Grundannahmen

Das Abstrahieren von der Wirklichkeit, ohne welches wir zu keiner wissenschaftlichen Kenntnis gelangen, bietet die zwifache Gefahrseite dar, daß wir 1. in Gedanken trennen, was eine gegenseitige Wechselwirkung aufeinander ausübt, und 2. unseren Schlüssen Voraussetzungen zum Grunde legen, deren wir uns nicht klar bewußt sind, sie deshalb nicht auszusprechen vermögen und dann für allgemeingültig halten, was doch nur unter diesen Bedingungen gültig ist.

Johann Heinrich von Thünen<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Sievert, Olaf, S. 24

<sup>2</sup> ebenda, S. 26

<sup>3</sup> Gertrude Stein

<sup>4</sup>Thünen, Johann Heinrich von, S. 287

Die Wirtschaftswissenschaft basiert auf einer Reihe von Grundannahmen, die entweder nicht bewusst sind oder nicht hinterfragt werden. Folgende Grundannahmen sind in Zweifel zu ziehen:

1. Geld besitzt einen inneren Wert bzw. muss durch langlebige, möglichst unvergängliche Werte gedeckt sein.
2. Geld kann nur durch Beleihung von Vermögen (Geld- bzw. Sachwerte sowie Boden) geschaffen werden
3. Geldströme und Güterströme sind stets entgegengesetzt gerichtet und stets gleich groß.
4. Geld ist unvergänglich und besitzt einen ewigen Wert.
5. Produktion muss stets vorfinanziert werden. D.h. erst muss Geld vorhanden sein, dann kann Warenproduktion einsetzen. Somit entsteht erst das Geld und dann erst die Ware, gegen die es eingetauscht werden kann.

Es kann hier aus Platzgründen kein vollständiger wissenschaftlicher Beweis für die Fehlerhaftigkeit dieser Grundannahmen erbracht werden.

zu 1. und 2.

Nachdem König Midas seinen Palast vergoldet hatte, setzte er sich zu Tisch. Da erst wurde ihm bewusst, dass er inmitten seines Reichtums der Ärmste der Armen war. Was immer er zum Munde führte, es wurde zu Gold. Ovid führt uns mit dieser Geschichte auf eindringliche Weise vor, das Gold praktisch keinen Gebrauchswert besitzt. Der Gebrauchswert des frühen Geldes ist somit praktisch gleich Null. Gold entspricht in seiner inneren Wertlosigkeit somit dem modernen Papiergeld, wie auch dem virtuellen Geld. Der Wert des Goldes wie des Geldes besteht allein in seiner Kaufkraft. Solange Gold, Geldscheine oder Kreditkarten als Zahlungsmittel bzw. als Tauschmittel für Ware akzeptiert werden, besitzen sie einen Wert, weil sie die Fähigkeit vermitteln, Waren zu kaufen.

Doch noch heute gilt Gold als wertvoll, ja als Wert schlechthin. Und so besteht noch heute der Glaube an den inneren Wert des Geldes. Da dieser jedoch offensichtlich weder in dem bedruckten Geldschein, noch in der Geldkarte zu finden ist, wird dieser vermeintlich notwendige innere Wert durch Besicherung des Geldes mit langlebigen Gütern wie Boden, Devisen, Eigenkapital, Immobilien etc. hergestellt. Doch sowenig wie Geld zu seinem Funktionieren als Tauschmittel eines inneren Wertes bedarf, so wenig bedarf es der Besicherung durch Vermögenswerte. Dies gilt heutzutage jedoch als alleiniger Weg der Geldschöpfung.

Aus der fehlerhaften Grundannahme, Geld habe bzw. brauche einen inneren Wert, kommt es zu einer gewaltigen Blockierung von Geldvermögen als scheinbar zwingend notwendige Grundlage für Geldschöpfung.

zu 3.

Die Grundannahme der Geldtheorie, das Geld- und Güterströme entgegengesetzt aber gleich sind, wird praktisch von allen ökonomischen Schulen geteilt. Dabei kann bereits dem Tableau economic von Francis Quesnay, dem Begründer des Kreislaufgedankens, entnommen werden, dass beide Ströme eben nicht gleich sind. Die Bauern tauschen mit den Grundherren Nutzungsrechte gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse, also Rechte gegen Waren. Eine Gleichheit der Güterströme herrscht hier nicht. Zusätzlich zu diesem für die Bauern unter den gegebenen Umständen zwar notwendigen, aber unvorteilhaften Tausch müssen die Bauern sich außerhalb der Geldwirtschaft vollständig selbst versorgen. Nur mit der sogenannten sterilen Klasse tauschen sie wertäquivalent. Bei genauerer Untersuchung unseres heutigen Kreditgeldsystems lässt sich zeigen, dass heutzutage für die Bereitstellung von ex nihilo geschaffenem Geld (also Tauschmittel) ein Preis, der Grundzins, zu zahlen ist. Dieser Grundzins ist nicht der Preis für die Bankleistung, sondern der Preis für die Teilhabe am Marktgeschehen, der Preis für die Nutzung von Geld. Geld ist kein neutrales Tauschmittel, weil es nicht allen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung steht. So wie die Eigentümer von Geld (also von Eigenkapital) vom Grundzins befreit sind, so unumgänglich ist dieser für die Kreditnehmer. Letztere müssen strukturell bedingt stets mehr zahlen, als sie an Gegenleistung erhalten. Diese Kosten werden auf alle Lohnabhängigen verteilt, so dass auch für sie Geld kein neutrales Tauschmittel ist. Aus diesem Dilemma ergibt sich eine strukturell bedingte Nachfragerücke auf den Realmärkten, die das System durch immer neue Geldschöpfung zu schließen sucht. Dadurch steigt jedoch die Schulden- und Zinslast des Gesamtsystems, was zu einer wachsenden Umverteilung aus den Händen der eigenmittelfreien bzw. -armen in die Hände der Vermögenden führt. Parallel zu diesem Geldstrom entwickelt sich eine fiktive Wertschöpfung zu Lasten der realen Wertschöpfung. Im Ergebnis fallen die Löhne für einfache Arbeit unter das Existenzminimum. Die realwirtschaftliche Wertschöpfung wird damit ad absurdum geführt.

zu 4.

Entgegen der allgemeinen Ansicht gibt es seit dem Verschwinden des Edelmetallmünzgeldes aus dem Zahlungsverkehr kein ewiges Geld mehr. Mit dem Wechsel vom Edelmetallgeld zum Papiergeld wurde nicht nur aus Stroh Gold gemacht. Es wurde aus einem ewigen Geld, der Metallmünze, ein befristetes Geld, die aus Kredit geschaffene Banknote, deren Umlaufdauer durch die Kreditlaufzeit bestimmt ist. Jenes

Geld, dass durch Kredit entsteht, muss durch Tilgung wieder verschwinden. Es entsteht aus Schuld und existiert nur auf Zeit.

zu 5.

Der Verfall der Reichsmark zum Kriegsende war weniger der Zerstörung der Wohnungen und Fabriken, als dem Fehlen eines ausreichenden Warenangebotes geschuldet. Bevor Geld Wertbewahrungsmittel wird, ist es zunächst Tauschmittel für Waren. Und seine Wertbewahrungsfunktion bewahrt es nur, wenn auch in Zukunft eine kontinuierliche Warenproduktion stattfindet. Wird diese durch Naturkatastrophen oder Kriege zerstört bzw. unmöglich gemacht, verliert folglich auch das Geld an Wert. Noch bevor jedoch neues Geld in Erscheinung tritt, wird die Warenproduktion aus dem reinen Bedürfnis nach Selbstversorgung heraus wieder aufgenommen.

Geld erleichtert den Tausch, es bringt Produktion jedoch nicht ursächlich hervor. Es erleichtert Arbeitsteilung und erhöht damit die Effektivität der Produktion. Nicht Geld (insbesondere Investition) ist Voraussetzung für Warenproduktion, sondern Warenproduktion ist Voraussetzung für Geldhandel. Der Erfolg des deutschen Wirtschaftswunders basierte vor allem darauf, dass die Geschäfte nach der Austeilung des neuen Geldes schlagartig voll waren. Die vor der Verteilung des neuen Geldes produzierten Waren verliehen dem neuen Geld Wert. Die Besicherung dieses Geldes durch Gold oder Immobilien hätte dem Geld keinerlei Kaufkraft verschafft, wenn die Geschäfte am 20. Juni 1948 leer geblieben wären.

## 2.2 Die Schwierigkeiten der Geldversorgung

1948-1952

Ab 8. August 1948 wurde das zunächst als sehr drückend empfundene Verbot der Gewährung von Kontokorrentkrediten aufgehoben, wodurch der kurzfristige Bankkredit wieder zunehmend Bedeutung erhielt. Ludwig Erhard<sup>5</sup>

Mit dem neuen Geld kam auch die Arbeitslosigkeit; zwar waren die Schaufenster wieder voll, also ein ausreichendes Warenangebot vorhanden, zwar war die Infrastruktur großflächig zerstört, also umfangreicher Bedarf an Arbeit gegeben, aber Arbeitswille, Arbeitsnachfrage und Konsumangebot kamen nur unvollständig zusammen. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. U.a. herrschte in den Städten, in denen natürlich ein großer Arbeitskräftebedarf bestand, große Wohnungsnot. Es waren nicht nur 15-20% des Wohnraums zerstört, es gab infolge des Flüchtlingszustromes aus dem Osten im Trizonengebiet eine größere Bevölkerungsdichte als vor dem Krieg.

„Die junge westdeutsche Volkswirtschaft wird geplagt von hoher Arbeitslosigkeit, einschneidenden Kreditengpässen, außenwirtschaftlichen Schief lagen (Höhepunkt 1951) und einem nur schwer zu bändigenden Preisauftrieb.“<sup>6</sup>

Am 12. November 1948 kam es sogar zu einem Generalstreik.<sup>7</sup> Diese Schwierigkeiten waren nicht Folge der Wohnungsnot, sondern der schlechten Versorgung mit Geld geschuldet. Dieses universelle Tauschmittel ermöglicht ja erst die Arbeitsteilung, die für den Wiederaufbau nötig war. Ist es selbst aber schlecht verteilt, funktioniert es auch als Tauschmittel nur unvollkommen.

Die Verteilung des Geldes erfolgte zum einen über die sogenannte Kopfpauschale. D.h. am 20.6. wurden je Einwohner 40 DM ausgezahlt und am 20.8. noch einmal 20 DM. Zum anderen wurden nach und nach private Spar- und Giro Guthaben 100:6,5 umgetauscht. Unternehmenskonten erfuhren oft eine sehr viel günstigere Umstellung (siehe weiter unten). Außerdem findet Geldschöpfung durch Kreditvergabe an Unternehmen und Gebietskörperschaften statt. Diese Kreditschöpfung ist in den ersten Jahren dadurch behindert, dass keine umfassenden Geld- und Sachvermögen zur Kreditbesicherung mehr vorhanden sind. Nach der Inflation der Nachkriegsjahre, infolge ungebremster Geldschöpfung der Nazis *für Rüstung*, wird die Geldschöpfung durch Kreditvergabe nun stark kontrolliert.

Dass im Zuge der Kriegsfinanzierung Geld für Werte entstand, die niemand konsumieren konnte, also Werte, welche die Produzenten mit dem Geld, dass sie für ihre Produktion erhielten, nicht kaufen konnten, führt zu der irrigen Annahme, dass Geldschöpfung aus dem Nichts (also ohne Besicherung durch vorhandene Vermögen) grundsätzlich falsch ist. Gerade diese vermögensgebundene Geldschöpfung wird sich langfristig als genauso schädlich erweisen, wie die Geldschöpfung für Kriegsproduktion. Die einzig sinnvolle Geldschöpfung auf der Basis von Warenlagern, im Rahmen der Diskontierung von Handelswechseln oder durch Kontokorrentkreditvergabe geschieht jedoch quasi nur unter der Hand. Immerhin stieg dadurch das Kreditvolumen „von 1,4 Mrd. Ende Juli 1948 auf 3,8 Mrd. DM Ende Oktober und 4,7 Mrd. DM zum Jahresultimo.“<sup>8</sup> Wegen der ungeprüften Grundannahme, dass Geld einen inneren (gewissermaßen ewigen) Wert besitzen und daher durch langlebige Werte besichert sein müsse, wurde eine sinnvolle und ausreichende Versorgung der Wirtschaft mit Geld behindert. Aus Mangel an langlebigen Sachwerten wurde das Tauschmittel zum Austausch der Waren des täglichen Bedarfs knapp gehalten.

<sup>5</sup> Erhard, Ludwig, S. 31    <sup>6</sup> Wolf, Herbert: Aus: Kreditwirtschaft, S. 61    <sup>7</sup> Erhard, Ludwig, S. 25    <sup>8</sup> Erhard, Ludwig, S. 31

Das obige Zitat von Ludwig Erhard zur Kontokorrentkreditgewährung entstammt der 1. Auflage seines Buches „Wohlstand für alle“. In allen folgenden Auflagen fehlt dieser Absatz, ohne dass die Auflagen als überarbeitet gekennzeichnet sind. Auch in der „Geschichte der deutschen Kreditwirtschaft seit 1945“ findet sich kein Hinweis auf eine Geldversorgung der Wirtschaft mittels Kontokorrentkredit. Die einzig sinnvolle Geldschöpfung, nämlich die Geldschöpfung zum Warenumsatz, gilt in der Geldtheorie aber als unseriös. Dabei wäre gerade dieses und nur dieses Geld seiner Tauschmittelfunktion vollständig gerecht geworden. Es wäre durch Lohnauszahlung an die Produzenten genau an der Stelle und *in der Menge* in den Kreislauf getreten, an dem auch Sachwerte geschaffen wurden und genau in die Hände gelangt, die diese Werte geschaffen hatten. Unter der Bedingung, dass diese Kredite unbefristet und zinsfrei (nicht gebührenfrei) vergeben worden wären, wären Geld- und Güterkreislauf so entgegengesetzt aber gleich gewesen. So aber fand keine Synchronisation der beiden Wertströme statt. Man setzte statt dessen alles daran, die Bilanzen der Banken und Unternehmen mit Vermögenswerten zu füllen. Den Unternehmen wurde die Bewertung ihrer Aktiva (d.h. ihrer Vermögensbestände) selbst überlassen. So sind „aufgrund der Neubewertung ... in der Industrie häufig Eigenkapital-Umstellungen im Verhältnis 1:2 und sogar noch höher möglich“<sup>9</sup> gewesen.

„Die Annullierung der inneren Schulden des Reiches und anderer öffentlicher Körperschaften bedeutete... nicht, daß sie ersatzlos gestrichen worden wären. Die Folgen, die von einer vollständigen Auslöschung der Reichsschuld und anderer öffentlicher Schulden für die Gläubiger, zumal für die Banken und die Geldinstitute ausgehen mußten, konnten nicht hingenommen werden, wenn die Geldinstitute überleben sollten.“<sup>10</sup>

Gleichwohl wurden die öffentlichen Schulden drastisch reduziert. „Deutschland und die spätere Bundesrepublik befanden sich dadurch in der fast einzigartigen Situation, nahezu keine innere Staatsschuld mehr zu haben.“<sup>11</sup> Die privaten Schulden hingegen wurden praktisch 1:1 umgestellt. Man brauchte die Schulden als Pendant zu den Guthaben. Und man brauchte die Guthaben als Grundlage für die Kreditvergabe. Die so scheinbar unverzichtbaren Vermögen der Gläubiger mussten durch Schulden anderer gedeckt bleiben.

Damit wurden Großgläubiger, Sachwertbesitzer und Banken schon in der Stunde Null bevorteilt. Aktivposten (vor allem Sachvermögen) wurden zum Teil bewusst höher bewertet, um sie als Gegenwerte in den Bankbilanzen bzw. den Unternehmensbilanzen aufführen zu können.

Da Aktiv- und Passivposten jedoch in keinerlei zwingendem Zusammenhang stehen, wurden die Bilanzen durch Ausgleichsforderungen gegen einen Staat, der noch nicht existierte, korrigiert. Mit diesem „deus ex machina“<sup>12</sup> wurde die Wirklichkeit der Theorie angepasst. So war es nicht nötig, die Mängel in der Theorie zu suchen.

„Denn es geht der ökonomischen Theorie nicht etwa darum, die Neutralität des Geldes zu deduzieren oder gar politisch zu setzen, sondern darum, Geld mit der (unabhängig von ihm entwickelten) Theorie kompatibel zu machen.“<sup>13</sup>

Der Mangel an Vermögen - nicht der Mangel an Arbeit oder an Warenproduktion - führte so in der Nachkriegszeit zu einem Mangel an Geld, der die ersten Jahre nach der Währungsreform überschattete und Arbeitslosigkeit schuf, als Arbeit in Überfülle vorhanden war. Aus diesem Grund wurden Vermögen und Betriebskapital nicht in gleicher Weise abgewertet wie die Masse der Kleinsparguthaben. Aus diesem Grund auch wurden Aktiva überbewertet. Trotzdem blieb die Kreditschöpfung mangelhaft und es kam zeitweise zu Deflation und Preisverfall<sup>14</sup>.

Das eigentliche Problem unseres Geldsystems, die fehlende Synchronisation der Geld- und Warenwertschöpfung, wurde als Virus in die neue Zeit transplantiert. Es dauerte allerdings Jahre, ehe die ersten Symptome der „falschen Geldverteilungserkrankung“ sichtbar wurden und weitere Jahre, bis die Krankheit ausbrach. Das Siechtum infolge der Erkrankung setzte erst gut ein halbes Jahrhundert später ein. Da ist es schwierig, die Ursache der Krankheit zurückzuverfolgen, weil sie in einer Zeit auftrat, als die Wirtschaft noch im Vollbesitz ihrer Kräfte schien, ja, als die besten Jahre noch vor ihr lagen. Doch die sind bereits von der Krankheit geprägt.

## 2.3 Das Wirtschaftswunder

1952-1965

Die Eigenkapitalbasis aller Geldinstitute ist noch sehr schmal. Eine Verbesserung der haftenden Mittel wird 1952 möglich werden, wenn sich die aufgrund einer Halbierung der vorgeschriebenen Sammelwertberichtigungen freiwerdenden Mittel steuerneutral in offene Rücklagen gemäß § 10 KWG umwandeln lassen. So wird im Jahr 1952, trotz noch nicht wieder gegebener Emissionsmöglichkeiten, ein Quantensprung im Eigenkapital um mehr als ein Drittel auf gut 2 Milliarden DM ermöglicht.

Herbert Wolf<sup>15</sup>

Gerade der Mangel an Tauschmittel in den ersten Jahren nach der Währungsreform wird zum „Fundament“ des Wirtschaftswunders. Denn ab 1952 setzte etwas ein, was Ökonomen im Grunde nicht erklären können. Das allmähliche Ansteigen der Sparquote<sup>16</sup> ermöglichte nach bekannter Kreditlogik die Ausweitung der Kreditvergabe. So wurden in wachsendem Umfang Investitionskredite zur Vorfinanzierung

<sup>9</sup> Wolf, Herbert, Aus: Kreditwirtschaft, S. 67

<sup>10</sup> Häusler, Karl, Aus: Kreditwirtschaft, S. 44

<sup>11</sup> ebenda

künftiger Produktion vergeben. Durch den Geldschöpfungsmultiplikator entstand so ein Geldvolumen, dass die Sparguthaben bei weitem überstieg. Wieso aber besaß dieses ex nihilo - also aus dem Nichts - geschaffene Geld Kaufkraft, wenn es zur Errichtung von Fabriken und Maschinen, nicht aber schon zur Warenproduktion selbst diente? Wo kamen die Waren her, die die Investitionsmittelhersteller damit kaufen konnten, obwohl weder sie selbst sie hergestellt hatten, noch das Geld, das sie erhielten, von Warenproduzenten gespart worden war, so dass sie auf dem Umweg der Kreditaufnahme über fremde Kaufkraft verfügen konnten? Mit den Investitionskrediten jener Zeit wurde Geld geschaffen, das das fehlende Geld zum Warenumsatz ersetzte. Das so aus dem Nichts für die Produktion langlebiger Güter geschaffene Geld (es sollte so seine eigene Wertdeckung erst hervorbringen) traf auf dem Markt auf Waren, die vorab produziert worden waren, die aber aus Mangel an Kontokorrentkredit nicht absetzbar gewesen wären. Der Mangel an Kontokorrentkredit wurde so durch die Schaffung von nicht durch Sparguthaben gedecktem Investitionskredit ausgeglichen. Ein Fehler hob den anderen scheinbar auf. Gerade die Schaffung von Investitionskrediten über die Summe der Sparguthaben hinaus machten das Wirtschaftswunder überhaupt erst möglich und hielt die Wirtschaft oberflächlich gesund. Denn so fiel der „Blutmangel“ infolge Kontokorrentkrediteinschnürung nicht auf, da ständig aus dem Nichts geschaffenes Geld für Investitionen in die Wirtschaft strömte.

Doch der doppelte Fehler wird trotzdem zum Fallstrick. Weil nach der Logik des Systems Geld nur auf der Basis von Vermögensbeleihung entstehen kann, dieses Geld aber immer wieder durch neues Geld ersetzt werden muss, da es nach Ablauf der Kreditlaufzeit durch Tilgung ja wieder verschwindet, müssen ständig neue Kredite zur Errichtung neuer Sachwerte geschaffen werden. D.h. es müssen ständig neue Sachvermögen in Form von Fabriken, Anlagen, Immobilien etc. geschaffen werden - selbst wenn diese realwirtschaftlich nicht mehr gebraucht werden. Eine solche Investitionstätigkeit wird jedoch nur solange durch eine private Unternehmerschaft getragen, solange dies einen monetären Gewinn abwirft, der über den Kreditzinsen liegt. Sinkt die Gewinnmarge auf Null oder gar darunter, wird die Investitionstätigkeit eingestellt mit dem Ergebnis, dass das durch Tilgung alter Kredite verschwindende Geld nicht mehr durch ausreichend neues Geld ersetzt wird.

Nicht die hohen Gewinne der Aufbaujahre ermöglichten also eine kräftige privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit, sondern der realwirtschaftliche Investitionsbedarf bewirkte eine ständige Ausweitung der Geldmenge und sicherte damit hohe Gewinne. So führte nicht das Absinken der Gewinne zur Reduzierung der Investitionstätigkeit, sondern die Reduzierung der Investitionen führte wegen Reduzierung der Geldmengenausweitung zur Absenkung der Gewinne. Sowohl Wirtschaftsboom als auch Wirtschaftskrise sind sich selbst verstärkende Prozesse. Derartige Prozesse mit sogenannter positiver Rückkopplung sind Kennzeichen chaotischer Systeme.

Erst in der zweiten Phase führen sinkende Gewinne dazu, dass diese nicht mehr reinvestiert, sondern gehortet werden. Dieses Geld aber fehlt als Kaufkraft. Das System erfährt so einen zweiten Aderlass. Das Umlaufmitte! wird nun nicht nur knapp, weil Kredite getilgt werden, sondern auch weil Geld gehortet - also nicht mehr für Warenkäufe ausgegeben - wird. Kann die Kreditausweitung infolge Wirtschaftswachstum diese *zwei* Geldabflüsse aus dem produktiven Kreislauf nicht mehr ausgleichen, wird die Überschuldung des Systems sichtbar, denn der Keim zur Überschuldung ist längst gelegt.

Bereits mit der ersten Eigenkapitalbildung beginnt der Zwang zur Umschuldung. Denn, da das Guthaben des einen - nach volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung - stets zwangsweise den Schulden anderer Marktteilnehmer entsprechen muss, können diese ihre Schulden nur zurückzahlen, wenn sie ihrerseits „Nachschuldner“ finden. Da sie zur Tilgung ihrer Schulden eben nicht auf die vorhandenen, bestehenden Geldvermögen zugreifen können, bleibt ihnen nur der Weg auf neues Geld aus neuer Kreditaufnahme zu hoffen, um mit diesem ihre Schulden zu tilgen. Damit wälzen sie ihre Schulden auf die nach ihnen Kommenden ab. Ein Kettenbriefsystem! Solange die Wirtschaft wächst und Kreditaufnahme realwirtschaftlich notwendig und sinnvoll ist, wirkt der Mechanismus der Umschuldung nicht sichtbar. Reißt die Umschuldungskette jedoch ab, weil keine ausreichende Kreditausweitung mehr stattfindet, wird der Geldmangel akut und die Überschuldung sichtbar.

Zwar stehen der Summe der vorhandenen Schulden gesamtwirtschaftlich gleich hohe Guthaben gegenüber, nur sind diese Guthaben privatisiert und daher über den Markt nicht zugänglich. Der Schuldner kann so seinen Kredit nicht tilgen und die Bank ihre Forderungen nicht realisieren. Überschuldung entsteht also nicht, weil den Schulden keine Guthaben gegenüber stehen, sondern weil die Guthaben nicht zur Schuldentilgung herangezogen werden können. Überschuldung ist nicht Folge von Geldmangel, sondern lediglich Folge falscher Verteilung von Geld im Kreislauf. Mit dem Abflauen des Wachstumsbooms wird die Kredittilgung schwieriger. Die Umschuldungskette droht abzureißen.

<sup>12</sup> ebenda, S. 50    <sup>13</sup> Riese, Hajo, S. 488    <sup>14</sup> Erhard, Ludwig, S. 36 ff., S. 45 ff.    <sup>15</sup> Wolf, Herbert, Aus: Kreditwirtschaft, S. 82  
<sup>16</sup> ebenda, S. 113 ff.

## 2.4 Staatsverschuldung gegen Rezession

1965-1974

Wie aber einen Konjunkturaufschwung im modernen Kapitalismus verlängern, dynamisieren, ohne eine für die Unternehmen nicht akzeptable Politik der Lohnerhöhungen? Staatsdefizite stellen eine Lösung dieser Frage dar, denn sie schaffen Nachfrage, und dies nicht zu Lasten der Profite der Unternehmer. Das Prinzip dieser öffentlichen Defizitausgaben ist recht einfach... Herbert Schui<sup>17</sup>

1965 sinkt die Nettokreditaufnahme der Unternehmen. Das hat es als vorübergehenden Trend schon vordem gegeben, doch 1967 ist sie auf Null gefallen<sup>18</sup>. Damit gleichen sich Geldvernichtung durch Tilgung und Geldschöpfung durch Kreditvergabe im produktiven Kreislauf aus. Die Geldmenge würde konstant bleiben, wenn weder private noch öffentliche Nettoverschuldung erfolgte. Die Wirtschaft könnte auf dieser Grundlage theoretisch einen konstanten Warenumsatz realisieren, wenn Banken und Unternehmen ihre Gewinne in vollem Umsatz für Konsum oder Investition nutzen würden. Teile der Gewinne werden aber gehortet und auf Sparkonten oder an den sich allmählich entwickelnden Börsen im Sekundärhandel mit Wertpapieren angelegt. Damit aber geht dieser Teil der Geldmenge dem Warenhandel als Kaufkraft verloren, d.h. es bilden sich Warenlager in Höhe der gehorteten Guthaben. So positiv eine gewisse Lagerhaltung und folglich eine gewisse Sparquote ist, so negativ sind zu hohe Sparvolumen, da sie zwangsweise zu Absatzstockungen führen. Fehlende oder zu geringe Sparvolumen haben in der Trizone nach der Währungsreform, wie im übrigen während der gesamten Existenzdauer in der DDR, zu Mangelerscheinungen in den Geschäften geführt. Einem Mangel an Geldhaltung steht notwendigerweise ein Mangel an Warenlagerung gegenüber. Nun aber, da gesamtwirtschaftlich mehr Geld angehäuft wird, als Konsumwünsche da sind, kommt es zu Absatzstockungen mit den bekannten Folgeerscheinungen, wie Umsatzeinbrüche, Firmenpleiten und am Ende platzende Kredite bei den Banken. Aus Angst vor einer deflationären Entwicklung infolge sinkender Nettoinvestition infolge sinkender Gewinnerwartungen, beginnt der Staat bereits 1965 als Nettoschuldner aufzutreten. Durch Ausweitung seiner Ausgaben über die Einnahmen hinaus kommt es zu einer Geldmengenausweitung infolge staatlicher Kreditschöpfung. Die einsetzende Nettostaatsverschuldung schließt die Nachfrangelücke durch Bereitstellung zusätzlicher Kaufkraft. Da diese Nachfrangelücke jedoch durch permanente Verlagerung von Kaufkraft aus der Realwirtschaft in die Finanzwirtschaft ständig neu gerissen wird, muss der Staat ständig neue Kaufkraft generieren.

Das Versagen der bis dahin herrschenden neoliberalen Theorie führt zum Rückgriff auf Keynes. Der wirtschaftspolitische Wechsel schlägt sich 1967 in dem „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ nieder. Die Symptombehandlung der Krankheit setzt ein. Die Medizin ist teuer. Inzwischen ist die Bundesschuld auf 1,4 Billionen Euro angeschwollen und die Hoffnung, diesen Schuldenberg je abzahlen, wurde längst aufgegeben, auch wenn Politiker dieses immer wieder verkünden. Merkwürdig nur, dass auch 40 Jahre nach dem Einsetzen der Nettostaatsverschuldung, die stets nur wuchs und nie reduziert wurde, keine Theorie existiert, die erklärt, warum die Staatsverschuldung nicht rückführbar ist. Bis heute wird an dem Keyneschem Glaubenssatz festgehalten, dass in Zeiten der Konjunktur eine Rückführung der Staatsverschuldung möglich wäre. Sollte es wirklich nur die Schuld angeblich unfähiger Politiker sein, dass dies *weltweit* nirgendwo und zu keiner Zeit passierte? Die ersten Pleitewellen durchfahren die Wirtschaft. Auf dem vorläufigen Gipfel machen der Fall Garski und die Pleite der Herstatt-Bank Schlagzeilen. Hier wird die Krankheit zum ersten mal akut. Da die Geldmenge nicht mehr ausreichend wächst, können die letzten Kreditnehmer ihre Schulden nicht mehr zurückzahlen, denn das von ihnen in Umlauf gebrachte Geld wurde längst von anderen Marktteilnehmern durch Vermögensbildung privatisiert oder einfach zur Schuldentilgung genutzt und also vernichtet. Dem Staat bleibt keine andere Wahl, als auf dem einmal eingeschlagenen Kurs des deficit spendings weiterzuwirtschaften, denn der bestehende Geldkreislauf ist ein Zuschussgeschäft. Das Geld, das der Staat jahrelang durch Neuverschuldung in Umlauf gebracht hat, wandert sukzessive in die Finanzwirtschaft ab. Vogtmann erklärt dies so:

„Monetäre Gewinne können nicht dadurch entstehen, daß der Unternehmenssektor eine Kreditmenge aufnimmt, die bereits die Gewinne des Sektors enthält.“<sup>19</sup> Private Gewinne entstehen aus staatlicher Kreditschöpfung. Nur durch Rückführung der nichtproduktiven privaten Gewinne in die Staatskassen könnte der Staat folglich seine Schulden tilgen. Da dies nicht geschehen ist, hat der Staat mittels Kreditaufnahme quasi die Anschubfinanzierung zur Bildung einer Finanzblase geliefert.

Die sich so allmählich in Deutschland selbst ansammelnde überschüssige Liquidität erhält - vor dem Hintergrund der wachsenden Inflation des Dollars infolge Kriegsfinanzierung mittels Staatsverschuldung - in dem Maße Zustrom aus dem Ausland, in dem sich die D-Mark als Anlagewährung bewährt. Die auf Geldwertstabilität ausgerichtete Politik der Bundesbank droht sich in ihren eigenen Fallstricken zu verfangen. Es kommt zu Währungskrisen und Schließungen der Devisenbörsen<sup>20</sup>.

Wenn die Kaufkraft einer Währung inmitten eines Meeres von Inflation relativ stabil bleibt, drängt das überflüssige Geld aller Länder in diesen Währungsraum. Wenn die Zentralbank dieses überschüssige Geld durch Verkauf zinstragender Offenmarktpapiere aufsaugt, verstärkt sich der Zustrom überschüssigen Geldes. Wenn der Überfluss an Geld nicht bestraft, sondern belohnt wird, wie soll sich die Geldmenge da je auf ein sinnvolles Maß einpegeln? Das Geldsystem gerät in eine Wachstumsspirale. Der Staat erzeugt durch Nettoverschuldung zusätzliche Kaufkraft, um den Geldabfluss in die Finanzwirtschaft auszugleichen. Er zahlt also Zinsen, um neues Geld zu schaffen. Da die in der Finanzwirtschaft zirkulierende überschüssige Kaufkraft jedoch die Stabilität der Währung gefährdet, sieht der

<sup>17</sup> Schui, Herbert, S. 69 <sup>18</sup> Deutsche Bundesbank (Hg.): Finanzierungsrechnung, S. 33

Staat sich auf der anderen Seite gezwungen die - quasi von ihm selbst erzeugte - überschüssige Kaufkraft durch Verkauf zinstragender Wertpapiere wieder einzufangen. Er zahlt also sowohl Zinsen bei der Geldbereitstellung in der Realwirtschaft, wie bei der Geldstilllegung in der Finanzwirtschaft. Ein absurdes System. Sehr viel preiswerter käme es dem Staat, wenn er die überschüssige Kaufkraft durch Besteuerung einzöge und damit seine Staatsschulden abzahlte. Das aber tut er nicht, weil das gesamte System eben auf dem Irrglauben beruht, man brauche Vermögen, um (durch dessen Beleihung) Geld zu erzeugen. Die Besteuerung (und damit Reduzierung) von Großvermögen erscheint so als ein Angriff auf das Geldsystem und nicht als seine Rettung.

Die Bundesbank konnte den Kampf gegen die überschüssige Liquidität mit der bis dahin üblichen Praxis der Offenmarktpolitik nicht gewinnen. Die „freien Liquiditätsreserven [waren] als geldpolitischer Ordnungsmaßstab in Frage gestellt.“<sup>21</sup> Die volkswirtschaftliche Theorie, die ihre Geldpolitik bis dahin an der Regulierung der Leistungsbilanzüberschüsse bzw. -defizite ausgerichtet hat, muss sich neu orientieren. Der Monetarkeynesianismus wird zur neuen Ideologie der Banken und Ministerien. Die Geldmengensteuerung wird zum non plus ultra, weshalb 1974 der Rat der „5 Weisen“ gegründet wird, der das jeweils aktuelle Geldmengenziel festsetzt.

„Die von nun an alljährlich zum Jahresende verkündeten Ziele des prozentualen Geldmengenwachstums ließen sich zwar niemals erreichen, bildeten aber dennoch die Richtschnur des währungspolitischen Handelns der Deutschen Bundesbank.“<sup>22</sup>

Die sich allmählich auftürmenden Staatsschulden, die natürlich letztendlich Schulden bei Banken sind, scheinen vorerst kein Problem zu sein. Sie wirken hinreichend durch Volksvermögen gesichert.

## 2.5 Geldwertstabilität versus Arbeitslosigkeit

1974-1997

Bis in die 70er Jahre hatte die Bundesbank diese Aufgabe [die Sicherung der Währung d.A.] dahingehend aufgefaßt, daß sie bei vordringlicher Beachtung des Stabilitätszieles das jeweils am meisten gefährdete wirtschaftspolitische Ziel zu fördern trachtete.

Werner Ehrlinger<sup>23</sup>

Das Stabilitätsgesetz aus dem Jahre 1967, dass zur Legitimation der wachsenden Staatsverschuldung geschaffen wurde und sie seitdem legitimiert, schreibt der Wirtschaftspolitik 4 Ziele vor:

- Preisstabilität
- Vollbeschäftigung
- Zahlungsbilanzgleichgewicht
- angemessenes Wachstum

Aus menschlicher Perspektive kann es nur ein zentrales Ziel geben, die Vollbeschäftigung. Denn eine Gesellschaft, die einen Teil ihrer Mitglieder ausgrenzt, diskreditiert sich letztlich selbst. Doch nicht der Mensch und sein Bedürfnis nach sinnvoller Tätigkeit, sondern ein abstrakter Geldwert stehen im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik der 80er Jahre. Dabei sollten Geldwertstabilität und Tauschmittelfunktion sich eigentlich bedingen. Ein gutes Wertbewahrungsmittel muss zu aller erst ein gutes und stabiles Tauschmittel sein. Ein gutes Tauschmittel aber bringt keine Arbeitslosigkeit hervor, sondern ermöglicht den Austausch zwischen *allen* Wirtschaftsteilnehmern.

Das vorhandene Tauschmittel aber blockiert den Austausch in Teilen. Durch die Kopplung der Geldschöpfung an Vermögen statt an Ware wird ein Teil der Geldvermögen - als Kreditsicherheit - blockiert und dem Markt damit als Kaufkraft entzogen. Durch Vermittlung des Marktes wird aus dem Mangel an Nachfrage nach Ware ein Mangel an Nachfrage nach Arbeitskraft, so dass die Blockierung von Geld als Kreditsicherheit schließlich zu einer Blockierung von Arbeitskraft führt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass die Senkung der Inflationsraten in den 80er Jahren den drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit gekostet hat. Geld als Tauschmittel für Waren und Leistungen, als Hilfsmittel bzw. Voraussetzung für eine arbeitsteilige Gesellschaft versagt immer offensichtlicher, weil es immer weniger in der Lage ist, eben jenen Tausch zu vermitteln.

<sup>19</sup> Vogtmann, Markus, S. 98

<sup>21</sup> Deutsche Bundesbank: Geschäftsbericht 1971

<sup>23</sup> Werner Ehrlinger, Aus: Kreditwirtschaft, S. 311

<sup>20</sup> Pohl, Hans; Jachmich, Gabriele, Aus: Kreditwirtschaft, S. 212

<sup>22</sup> Hahn, Oswald, Aus: Kreditwirtschaft, S. 258

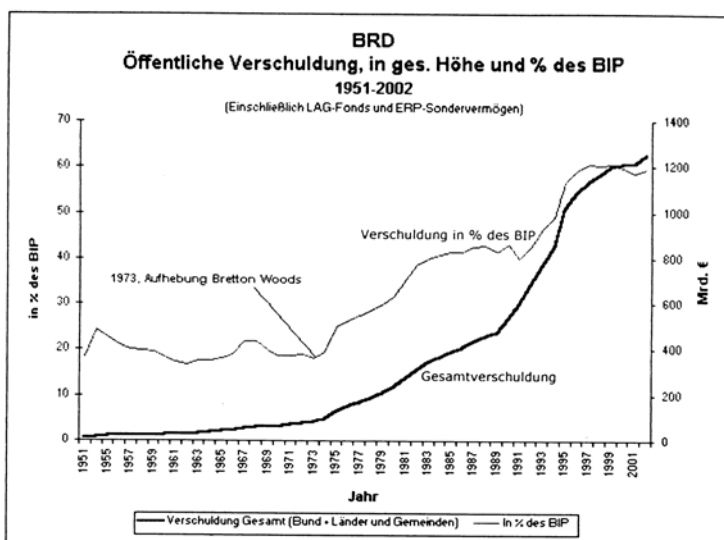
### Kenndaten wirtschaftliche Entwicklung von 1966 bis 1990<sup>24</sup>

Jahr	Wachstum	Inflation	Arbeitslosenquote
1966		3,5	0,5
1967			1,6
1968		1,5	
1969	7,5	1,9	
1973	4,8	6,9	1,3
1974		7,0	2,6
1975	-1,2	7,0	4,7
1976	5,3	4,5	3
1977	2,9		3
1978		2,7	3
1979	4,2		3
1981		5,9-6,3	
1982	-0,9	5,4	7,2
1983	1,8	3,2	8,8
1984	2,8	2,4	8,8
1985	2,0	2,0	8,9
1986	2,4	-0,1	8,5
1987	1,5	0,2	8,5
1988	3,6	1,3	8,4
1989	3,6	2,8	7,6
1990	5,7	2,7	6,9

Die Ära Kohl gilt den Ökonomen als Zeit des Aufschwungs und der Stabilität<sup>25</sup>. Die vorstehende Tabelle zeigt zu welchem Preis diese Ziele erkauf wurden. Für Wirtschaftswachstum und Preisstabilität wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 4% in Kauf genommen. Konkret bedeutet dies, dass knapp 1 Millionen Menschen ihre Erwerbsarbeit verlieren. Man fragt sich, ob der Mensch für die Wirtschaft oder die Wirtschaft für den Menschen da ist. Man fragt sich auch, ob die Gesetze des Geldes unausweichliche Naturgesetze sind, denen der Mensch sich beugen muss, oder ob Geld eine Schöpfung des Menschen ist und der Mensch die Geldgesetze nicht doch selbst gestaltet? Es grenzt an Zynismus, die 80er Jahre als Zeit des Aufschwungs und der Stabilität zu erinnern. Aber was hier so zynisch erscheint ist nur Folge einer Wirtschaftslogik, deren Grundannahmen fehlerhaft sind. Aufgrund dieser falschen Grundannahmen trägt man sich auch unentwegt mit der Hoffnung, gemäß der Keyneschen Idee, in Zeiten des Aufschwungs die Schulden der letzten Jahre zurückzahlen zu können und kann einfach nicht verstehen, wieso das nicht möglich war.

„Angesichts der starken Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte (Ende der 80er Jahre etwa 9 Prozent der Gesamtausgaben) hätte in einem so lange anhaltenden Aufschwung eine Minderung nicht nur der Nettoverschuldung, sondern auch des Schuldenstandes erreicht werden müssen.“<sup>26</sup>

Die Realität sieht anders aus, der Schuldenberg wächst, siehe nachstehende Grafik.



Quelle: Deutsche Bundesbank,  
Zeitreihenstatistik  
[www.miprox.de/News.htl#Tabelle](http://www.miprox.de/News.htl#Tabelle)



Wie bereits gezeigt, bewirken die anwachsenden Staatsschulden ein Anschwellen der Finanzblase. Doch die beginnt sich durch spekulative Kreditschöpfung bereits selbst aufzublasen. Die unproduktiv durch die Börsencomputer jagenden Geldströme werden auch den Zentralbankern immer unheimlicher. Während in Deutschland im Jahre 1993 an einem Tag für ca. 14 Mrd. DM Waren produziert und umgesetzt werden, werden am gleichen Tag allein in der Hessischen Landesbank, in der 70 % der deutschen Börsengeschäfte abgewickelt werden, 600 Mrd. bis 1 Billionen D-Mark umgebucht.<sup>27</sup> Die Geldmenge löst sich dadurch völlig von ihrer realwirtschaftlichen Basis.<sup>28</sup> Das System wird immer unberechenbarer und gehorcht den bekannten Regeln nicht mehr.

„Die einschneidenden Veränderungen der realen Wirtschaftsbedingungen, insbesondere der Verhaltensweisen der Wirtschaftseinheiten... führten - etwas vereinfacht ausgedrückt - dahin, daß sich *expansive* geldpolitische Maßnahmen immer *weniger* in den realen... - in Form zunehmender Inflationsraten - [als] in den nominellen Größen, *kontraktive* Maßnahmen immer *mehr* - in Form zunehmender Arbeitslosigkeit - im realen als im monetären Bereich auswirkten“<sup>29</sup> [Hervorhebungen durch die Autorin]. Etwas deutlicher ausgedrückt heißt das, eine expansive Geldpolitik, also eine Erleichterung der Kreditaufnahme u.a. durch Zinssenkungen, bewirkt zwar ein Ansteigen der Geldmenge, doch keine entsprechende Verstärkung der Inflation, und zwar wegen der „Verhaltensweisen der Wirtschaftseinheiten“. Kontraktive Maßnahmen führen hingegen nicht zwangsweise zu einer Reduzierung der Geldmenge, in jedem Fall jedoch zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit.

Das Ganze wird verständlich, wenn man über die Verteilung von Geld im Kreislauf nachdenkt. Eine Erhöhung der Geldmenge dort, wo schon Vermögen vorhanden ist, wo also beleihbare Sicherheiten existieren, führt nicht zu einer Erhöhung der Nachfrage, weil der Bedarf dieser Kreditnehmer bereits gedeckt ist und die Kreditaufnahme nur noch der Spekulation dient. Eine restriktive Geldpolitik hingegen verteuert alle Kredite und zwingt vor allem Firmen, die mit einem hohen Anteil an Fremdfinanzierung arbeiten, die dadurch entstehenden zusätzlichen Kapitalkosten durch Kosteneinsparungen in anderen Bereichen, z.B. bei den Lohnkosten, einzusparen.

Natürlich führen Zinserhöhungen auch zu einer Reduzierung der Aufnahme von Spekulationskrediten, d.h. von Krediten für den Handel mit Wertpapieren, weil die Zinsen jetzt möglicherweise über den zu erwartenden Gewinnen liegen. Doch diese Geldmengeneinschnürung wird dadurch wettgemacht, das infolge der hohen Zinsen (und der Geldwertstabilität) reichlich fremdes Geld ins Land gelockt wird, so dass die Geldmenge auch bei restriktiver Geldpolitik nicht sinkt.

Doch der Liquiditätsüberschuss hat bereits solche Ausmaße angenommen, dass eine Abschöpfung durch Offenmarktpolitik nicht mehr durchführbar ist - jede Zentralbank würde vor dieser Aufgabe versagen. Man überlässt die „asoziale Liquidität“<sup>30</sup> den Finanzmärkten und hofft, dass es dort durch Renditeerwartungen gebunden bleibt. Wehe aber, wenn die Renditen sinken. Dann platzt die Blase.

Die viel befürchtete Inflation hält sich dann jedoch im Rahmen. Es werden durch das frei werden von Spekulationskapital ja nicht mehr Waren. Bestenfalls flüchtet das Kapital in den Boden, was möglicherweise die Bodenpreise und in der Folge die Mieten und somit schließlich auch die Warenpreise erhöht. Doch möglicherweise waren die Bodenpreise schon vorher überhöht, so dass aus Bodenkäufen auch keine Renditen zu erwarten sind. Bleibt am Ende die Flucht ins Gold.

Für die Banken kommt es bei Kursstürzen zu drastischen Reduzierungen von Aktivposten in ihren Bilanzen. Diese müssen durch Reduzierung ihres Eigenkapitals ausgeglichen werden. Was aber, wenn das nicht ausreicht? Dann sind die Banken überschuldet! Zumindest jene, deren Bilanzen zu großen Teilen aus Wertpapieren bestanden, bevor deren Wert über Nacht um Größenordnungen vermindert wurde. Die Bankenkrise ist da, doch sie kann durch Bilanzmanipulationen vertuscht werden. Da in einer solchen Situation der Zusammenbruch einer großen Bank einen Dominoeffekt auslösen kann, bildet sich eine unheilige Allianz von Politik, Bankern und Wirtschaft. Was gemeinhin als Betrug gälte, wird nun zur Staatsräson.

## 2.6 Die ich rief ..... die Geister - Sparpolitik versus Finanzblase

1997- heute

Die Verselbständigung des finanziellen Sektors schlägt sich darin nieder, daß hinter einem sehr großen Teil der finanziellen Geschäfte keine realen Transaktionen stehen, der Gewinn also aus reinen Geldgeschäften resultiert. Dabei stellt sich dann die Frage, woher dieser Gewinn kommt. Werner Ehrlinger<sup>31</sup>

Im Gefolge der großen Finanzkrisen - 1987 Crash an der New Yorker Aktienbörse, 1992/93 Krise des Europäischen Währungssystems, 1994/95 Mexikokrise, 1997/98 Asienkrise, 1998 Rußlandkrise,

<sup>24</sup> Kreditwirtschaft, S. 203, 205, 251, 252, 304, 311 <sup>25</sup> Vgl. Werner Ehrlinger, ebenda, S. 303 ff. <sup>26</sup> ebenda, S. 305

<sup>27</sup> Vgl. Werner Ehrlinger, ebenda, S. 326 <sup>28</sup> Vgl. Huffs Schmid, Jörg, u.a. S. 93, 94 <sup>29</sup> Werner Ehrlinger, Aus: Kreditwirtschaft, S. 312

<sup>30</sup> Frei nach Keynes: „Von den Leitsätzen orthodoxer Finanz ist sicherlich keiner antisozialer als der Fetisch Liquidität...“, Aus: Keynes, John Maynard, S. 131 <sup>31</sup> Werner Ehrlinger, Aus: Kreditwirtschaft, S. 328

1998/99 Währungszusammenbruch in Brasilien und 3 Jahre später in Argentinien - setzt sich ein neuer Zynismus in der Wirtschaftspolitik durch. Diesem gilt die Vernichtung von Geld im Gefolge von Krisen als Selbstreinigung des Marktes. Da die Zentralbanken die Abschöpfung überflüssiger Liquidität in anbetracht der explodierenden Geldmenge aufgegeben haben, die Liquiditätsüberschüsse aber offensichtlich die Stabilität der Währung gefährden - nämlich immer dann, wenn die Renditeerwartungen an den Finanzmärkten sinken und das nutzlose Kapital nach neuen Anlagemöglichkeiten sucht - überlässt man es dem Markt, Geld zu vernichten. Doch zum einen wird im Zuge von Finanzkrisen nicht notwendig Geld vernichtet, sondern nur umverteilt, zum anderen sind die Geldüberhänge - die sich vor dem Hintergrund überbewerteter Aktien und Bodenpreise aufgebaut haben - so gewaltig, dass es weit umfassenderer Krisen als der bereits geübten bedarf, um die Geldblase auf ein verträgliches Maß herunterzuschrumpfen. Die Finanzmärkte werden immer fragiler, denn durch das Auseinanderklaffen von Geldmengenwachstum und Steigerung des Bruttosozialprodukts<sup>32</sup> wird dem Fachmann deutlich, dass der Wert der Wertpapiere nur auf der Illusion beruht, die sich andere von diesem Wert machen. Die Finanzmarktgewinne basieren darauf, dass man für ein Papier einen Käufer findet, der es zu einem höheren Preis kauft. Der Wertpapierhandel wird so zu einem Handel mit Illusionen. Solange unentwegt Geld in die Finanzblase strömt, durch Profitabschöpfung im produktiven Kreislauf oder durch Geldschöpfung im Rahmen von Spekulationskrediten, wirkt der dadurch stattfindende inflationäre Preisauftrieb der Wertpapiere stimulierend auf die Käufer. Jeder kann auf einen „Nachkäufer“ hoffen, der einen höheren Preis zahlt. Verlieren die Käufer jedoch das Vertrauen in die Illusion des unendlichen Wachstums, sinken bzw. stürzen die Kurse. Dann lässt die Blase Druck ab, d.h. die scheinbar gewachsenen Sachvermögenswerte - deren Ausdruck die Aktienwerte ja sein sollen - stürzen in sich zusammen. Die fiktiven Werte verlieren fiktiv an Wert. Für die Entwicklung der Bankenkrise ist dies insofern von Bedeutung, als die fiktiven Aktienwerte zur Besicherung realer Kredite verwendet wurden. Stürzen die Kurse, dann werden quasi Kreditsicherheiten vernichtet. Die Unternehmen müssen Sicherheiten nachschießen. Woher aber nehmen? Durch Senkung ihrer Ausgaben (insbesondere Lohnkostensenkungen) können sie ihre Aktienkurse hochtreiben, durch Übernahme fremder Firmen können sie ihre Sachvermögensbilanz aufbessern. Die Krisen der fiktiven Welt der Finanzmärkte wirken so in die Realmärkte hinein.

Ein System, das die Aufrechterhaltung der Wachstumsillusion zur Aufrechterhaltung des Preisauftriebes an den Wertpapiermärkten braucht, damit das an den Finanzmärkten durch Illusion gebundene Geld nicht die (sehr viel kleineren aber lebensnotwendigen) realwirtschaftlichen Geldkreisläufe zerstört, ist ein System, das vom Spielerglück gewissenloser, vielleicht aber auch ahnungsloser, Hasardeure abhängig ist. Außerdem - und hier kehren wir endgültig zur Bankenkrise zurück - produziert das fiktive Wachstum synchron zu den immer gigantischer werdenden Vermögen der Gewinner auch notwendigerweise entsprechende Schulden. Finanzmarktsgewinne speisen sich aus drei Quellen:

1. aus Verlusten anderer Anleger, d.h. aus der Umschichtung von Guthaben
2. aus dem dem Wertpapierhandel ständig zufließendem neuen Geld aus realwirtschaftlichen Profiten; dahinter stehen letztlich jedoch realwirtschaftliche Kredite, die infolge Geldabflusses nicht mehr oder nur durch weiteres Geldmengenwachstum getilgt werden können
3. aus Spekulationskrediten, d.h. aus heute mittels Kreditvergabe für Wertpapierkäufe in Umlauf gebrachtem Geld, das erst morgen zurück gezahlt werden muss

Bei der 1. Gewinnquelle handelt es sich um ein Nullsummenspiel. Des einen Gewinn ist des anderen Verlust. Problematisch nur, wenn überproportional die Kleinanleger verlieren, weil mit dem Verlust ihrer Sparguthaben echte Kaufkraft verloren geht, denn diese wird durch Verlagerung in die Taschen derer, die bereits überreichlich Kaufkraft haben, einfach stillgelegt.

Hinter der 2. und 3. Gewinnquelle stehen jedoch Kredite, die beim Abreißen der Schuldnerkette in dem Maße untildbare Schulden hinterlassen, in dem sie ihrerseits nur durch fiktive Wertpapierwerte gesichert sind. Das Platzen der Finanzblase führt so zur Überschuldung des Bankensektors.

Im 2. Fall heißt dies, dass durch Gewinnverlagerung in die Finanzkreisläufe, die nicht durch entsprechende Gewinnrückläufe aus den Finanzmärkten (in Form von Renten bzw. von Einkommen der Finanzdienstleister) ausgeglichen werden, realwirtschaftliche Nachfrangelücken und in der Folge Firmenkonkurse entstehen. Diese zwingen die Banken in dem Maße zu Bilanzverkürzungen, in dem die Sachvermögen der Unternehmen die offenen Forderungen der Banken nicht decken.

Im 3. Fall können die gegenwärtigen Besitzer von Wertpapieren ihre Spekulationskredite genau dann nicht in voller Höhe zurückzahlen, wenn sich keine Käufer mehr finden, die sie zu höheren Preisen kaufen. Solche Teilverluste scheinen unproblematisch, da die Investmentfirmen über Eigenkapital verfügen, das dann als Sicherheit erhalten muss. Wenn aber, wie im Fall des LTCM-Fonds (Long Term Capital Management) aus einem Eigenkapital von 5 Mrd. US-Dollar per Kreditaufnahme ein Spekulationskapital von 125 Mrd. US-Dollar geschaffen wurde, mit dem dann Finanzmarktsgeschäfte im Umfang von 1.250 Mrd. oder gar 2.500 Mrd. US-Dollar getätigt wurden, können Verluste nicht nur das Eigenkapital vernichten,

<sup>32</sup>Vgl. Richebächer, Kurt: Gold & Money Intelligence, Nr. 5/6, Mai/Juni 2002

sondern auch Schulden hinterlassen, die in die Bilanzen der kreditgebenden Banken Milliardenlöcher reißen<sup>33</sup>. Das Unternehmen wurde nur auf Grund staatlicher Interventionen gerettet, denn „ein Zusammenbruch des LTCM hätte das *gesamte* Finanzsystem mit sich ziehen können.“<sup>34</sup>

Damit treten die Probleme an die Oberfläche, die seit 1948 und vermehrt seit 1952 durch Umschuldung von Investitionskrediten, seit 1965 zusätzlich durch Ausweitung der Geldmenge mittels Staatskredit und seit den 70er Jahren außerdem durch Rentenzahlungen aus Finanzmarktsgewinnen infolge spekulativer Geldschöpfung verschleppt wurden. Die Wurzel des Problems ist immer dieselbe. Die mangelhafte Bereitstellung von Kontokorrentkredit zum einfachen Warenumsatz wird durch immer neue Kreditumwege überspielt bzw. vertuscht. So wurden staatliche Investitionsbeihilfen geschaffen, um die Investitionstätigkeit unabhängig vom realen Bedarf am Laufen zu halten, so wurden Staatskredite ausgeweitet, um trotz überschäumender Liquidität Deflation in der Realwirtschaft zu verhindern. So wurden schließlich Finanzmärkte am Leben erhalten in der Hoffnung, dass die dort erzielten Gewinne in Teilen in die Realwirtschaft zurückfließen und die dortige Nachfragerlücke infolge Profitabflusses schließen.

Das System ist auf Umschuldung programmiert, doch die Umschuldung wird wegen der damit verbundenen Zinslasten immer schwieriger.

„Als Kategorie der Bilanz wird sie [die Gewinnerwirtschaftung d.A.] zur Perversion des Wirtschaftens, deren sinnfälligster Ausdruck das sog. Schneeballsystem der Finanzierung der Zinsverpflichtungen aus erneuter Kreditaufnahme ist.“<sup>35</sup>

Der Mangel an Nachschuldern lässt das Konzept der Umschuldung scheitern. Zurück bleiben Schulden, deren Tilgung nicht mehr aus zukünftigen Verpflichtungen (durch Kreditausweitung) möglich ist. Die einzige Deckung für diese Schulden bilden die vorhandenen Geldvermögen. Mit der Höhe der Schulden wächst der Druck auf diese Guthaben. Eine neue Währungsreform steht ins Haus. Es ist unsere Aufgabe, sie zu gestalten. Es ist unsere Aufgabe, Handlungssouveränität zurückzugewinnen. Das heißt zum einen die bereits stattfindende Geldvernichtung nicht den Märkten zu überlassen und zum anderen eine Versorgung der Wirtschaft mit Tauschmitteln zu gewährleisten, das einen kontinuierlichen Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen *allen* Mitgliedern der Gesellschaft ermöglicht.

Statt dessen aber beugt sich die Regierung dem Druck der Großgläubiger, die auf Reduzierung der Staatsverschuldung drängen, in der irrigen Annahme, die damit verbundene Vernichtung von Geld würde die Inflationsgefahr bannen und die Währung stabilisieren. Doch die Weiterführung der staatlichen Sparpolitik wird den Haushalt nicht konsolidieren, sondern aus Mangel an Umlaufmitteln zu einer Welle von Firmenpleiten führen, welche die offenen Forderungen der Banken weiter anschwellen lassen. Die Krise der Realwirtschaft schlägt auf die Aktivseiten der Bankbilanzen durch. Die Kundeneinlagen werden immer schwerer refinanzierbar. Der Versuch der Aufrechterhaltung des bestehenden Geldsystems führt, da die Aktivseiten nicht real aufge bessert werden können, zwangsweise zur Aushebelung der bestehenden Bankgesetze. Allein durch das Weiterbestehen der Bankgesellschaft Berlin wird gültiges Recht de facto bereits außer Kraft gesetzt.

Der Skandal um die Bankgesellschaft Berlin wird so zum Skandal des bestehenden Kreditwesens. Es geht darum, geltendes Recht zu erhalten und gleichzeitig Kreditregeln zu fixieren, die langfristig die Stabilität unseres Geld- und Rechtssystems sichern. Gelingt dies nicht, wird es zu einer Rückkehr zum geldlosen Tauschhandel infolge Mangels an Tauschmitteln kommen. Dies wäre zwar nicht das Ende der Produktion, aber das Ende der arbeitsteiligen Warenproduktion, wie wir sie kennen.

### 3. Quintessenz

Wenn ein Bankenzusammenbruch einen Fonds überfordert oder gar das Bankensystem als solches in seinem Bestand gefährdet, ist es Sache der Regierung bzw. des Gesetzgebers zu entscheiden, wie mit dem wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumentarium einem „too big to fail“ Problem begegnet wird. Ihr Handeln sollte nicht vorher kalkulierbar sein.<sup>36</sup>

Deutsche Bundesbank

Mit den obigen Ausführungen habe ich versucht die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik nachzuzeichnen und dabei die Geldflüsse innerhalb des Kreislaufes transparent zu machen. Ich beziehe mich dabei auf mein Zweikreislaufmodell gemäß dem Text „Eine andere Welt ist möglich...“.

Die unterschiedlichen Krisenerscheinungen seit der Währungsreform wurden durch unterschiedliche Wirtschaftstheorien erklärt. 1948-65 war der Neoliberalismus vorherrschend. 1965 bis 1974 übernahm der Keynesianismus die Steuerung, wurde aber bereits 1974 durch den Monetärkeynesianismus modifiziert. Als auch dieser seinen Erklärungswert allmählich verlor, und zwar in dem Maße, wie seine Steuerregularien mehr und mehr versagten, wurde erneut versucht, dem Neoliberalismus das Feld zu überlassen. Dieser moderne Neoliberalismus, der quasi ein Neo-Neoliberalismus ist, stellt sich im Grunde als ein Scheitern von Wirtschaftssteuerung dar. Es wird mittlerweile auf eine einheitliche Theoriebildung

<sup>33</sup> Vgl. Huffs Schmid, Jörg, S. 93 <sup>34</sup> ebenda, S. 94 <sup>35</sup> Riese, Hajo: Zur dimensionalen Aporie des Güterzinses: Kapitaltheorie, Intertemporale Preistheorie, Produktionspreistheorie. Volkswirtschaftliche Reihe Nr. 2000/24. Berlin: FU-Selbstverlag, 2000, S. 6, Fußnote 15

verzichtet und je nach persönlicher Ambition oder strategischer Einbindung in bestehende Machtstrukturen auf Theoriefragmente der unterschiedlichsten Schulen zurückgegriffen. Im Grunde herrscht heute nur noch die Lehre vor, dass jeder sich selbst der Nächste ist. Staaten und Multinationale Unternehmen betreiben eine Wirtschaftspolitik, in der nur noch der Schein von Souveränität und Beherrschbarkeit gewahrt wird, in Wirklichkeit jedoch kurzfristige, tagespolitische Entscheidungen die Kopflösigkeit der führenden Köpfe illustrieren.

Der Fall Bankgesellschaft Berlin ist hier exemplarisch. Der Skandal wird weder aufgeklärt noch nach langfristigen Lösungen gesucht. Alles, was darüber berichtet wird, sind Spekulationen. Das Ganze dient, wie im Fall der Pleite des LTCM-Fonds, dazu, das bestehende Geld- und Währungssystem vor dem Kollaps zu bewahren. Genau deshalb aber rückt er immer näher.

„Die Sicherungseinrichtungen greifen nicht ein im Falle einer allgemeinen Krise der Kreditwirtschaft.“<sup>37</sup> Es ist daher an der Zeit, das Verschuldungsproblem an der Wurzel zu packen.

Es wurde versucht deutlich zu machen, dass alle Krisenerscheinungen der letzten 55 Jahre, trotz ihrer scheinbaren Andersartigkeit und trotz ihrer unterschiedlichen Bewertung in der ökonomischen Literatur letztlich auf eine gemeinsame Wurzel zurückzuführen sind, den Mangel an einem soliden Tauschmittel bzw. der fehlenden Synchronität zwischen Geld- und Warenwertschöpfung.

Unser Geldsystem gerät immer mehr außer Kontrolle. Um nicht zum Opfer des Systems zu werden, sondern die Handlungsfreiheit und Gestaltungshoheit wiederzuerlangen, ist es notwendig, dieses System radikal durch Entschuldung von seinen Geldüberhängen zu befreien und gleichzeitig Kontokorrentkreditregeln zu schaffen, die eine dauerhaft stabile Versorgung der Wirtschaft mit Tauschmittel garantieren.

<sup>36</sup> Deutsche Bundesbank: Einlagensicherung

<sup>37</sup> ebenda

#### Literaturverzeichnis:

- Deutsche Bundesbank (Hg.): Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen **Finanzierungsrechnung** für Westdeutschland 1960 bis 1992. Frankfurt a.M.: Selbstverlag -Nov. 1994
- Deutsche Bundesbank: Geschäftsbericht 1971, Frankfurt a.M.: Selbstverlag 1972
- Deutsche Bundesbank: Die **Einlagensicherung** in der Bundesrepublik Deutschland. Aus: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1992, Quelle: [http://www.bundesbank.de/de/banken/aufsicht/auszug\\_mb/pdf/einlagsich.pdf](http://www.bundesbank.de/de/banken/aufsicht/auszug_mb/pdf/einlagsich.pdf)
- Erhard, Ludwig: Wohlstand für alle. Düsseldorf: Econ, 1957
- Huffschmid, Jörg: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg: VSA-Verlag, 1999
- Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin: Duncker und Humblot - 1994, 7. Auflage
- Vogtmann, Markus: Geld, Kredit und Zins. Freiburg: Rudolf Haufe Verlag, 2000
- Pohl, Hans (Hg.): Geschichte der deutschen **Kreditwirtschaft** seit 1945. Herausgegeben im Auftrag des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für bankhistorische Forschung. Frankfurt a.M.: Fritz Knapp - 1998
- Richebächer, Kurt: Gold & Money Intelligence, Nr. 5/6, Mai/Juni 2002
- Riese, Hajo: Geld - die unverstandene Kategorie der Nationalökonomie. FU Berlin: Volkswirtschaftliche Reihe Nr. 2001/8, Januar 2001
- Schui, Herbert: Ökonomische Grundprobleme des entwickelten Kapitalismus. Heilbronn: Distel - 1991
- Sievert, Olaf: Außenwirtschaftliche Zwänge der Wirtschaftspolitik. In: Kieler Vorträge... Herausgegeben von Herbert Giersch. Neue Folge 112. Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 1988
- Thünen, Johann Heinrich von: Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie., Akademie-Verlag, Berlin, 1990